

Vorschlag öffentlich
Vorlagen-Nr. A 25/0295

Beratungsfolge

Gremium	Datum	Status	Zuständigkeit
Hauptausschuss	08.05.2025	Ö	Entscheidung

Freigabedatum: 29.04.2025	Gestellt von: CDU-Fraktion, Steffen Tost, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
----------------------------------	---

Umsetzung der Istanbul Konvention

Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und CDU

Beschlussvorschlag

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU bitten um die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt: Umsetzung der Istanbul-Konvention

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wird die Verwaltung gebeten

- kurz die Zielsetzung der Konvention darzulegen und ebenso zu erläutern,
- wie sie gedenkt, die Konvention in Mülheim umzusetzen.

Sachverhalt

Die Istanbul-Konvention ist das erste rechtsverbindliche regionale Instrument, das sich mit verschiedenen Formen von Gewalt gegen Frauen befasst. Ihr Ziel ist es „Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten, zu verfolgen und zu beseitigen“. Sie wurde 2011 beschlossen, trat 2014 in Kraft und wurde 2017 von der Bundesrepublik ratifiziert. Aktuell haben 38 Länder, die die Konvention unterschrieben haben, diese auch ratifiziert.

Gewalt gegen Frauen ist auch in Deutschland weiterhin ein Thema und Plätze in Frauenhäusern fehlen. Die Dringlichkeit des Themas nimmt sogar zu. Fast alle zwei Minuten wird in Deutschland ein Mensch Opfer häuslicher Gewalt. 256.276 Menschen waren es im Jahr 2023, 6,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Außerdem waren 938 versuchte oder vollendete Tötungsdelikte zu beklagen. Im Dezember 2024 hat die Bundesregierung eine Strategie zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt sowie die Einrichtung einer Koordinierungsstelle nach der Istanbul-Konvention beschlossen. In dieser Strategie

werden klare Ziele zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt formuliert. Es werden darin konkrete Maßnahmen, Ressourcen, Zeitpläne und Verantwortlichkeiten benannt. Weitere

Informationen: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/252132/6f19d4a8afb13905fff03a9fca7218dd/gewaltschutzstrategie-der-bundesregierung-data.pdf>

Auch in Mülheim ist Partnerschaftsgewalt ein zunehmendes Problem. Die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung nahm im Jahr 2023 um 75 Fälle auf 276 zu. 88,2 Prozent der Tatverdächtigen waren Männer, 89 Prozent der Opfer Frauen. Auch die Frauenberatungsstelle (Hilfe für Frauen e.V.) war stärker gefordert. 333 Frauen hatten dort 537 Beratungsgespräche. Das Frauenhaus konnten 27 Frauen und 45 Kindern Schutz, Unterkunft, Beratung und Begleitung bieten.

Christina Küsters
Fraktionsvorsitzende
der CDU-Fraktion

Brigitte Erd & Timo Spors
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90 / Die Grünen

Anlage/n

Keine